

Peter Hübner

„Wir wollen keine Diktatur mehr ...“ Aspekte des
Diktaturenvergleichs am Beispiel einer Sozialgeschichte der
Niederlausitzer Industriearbeiterschaft 1936 bis 1965

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1006>

Reprint von:

Peter Hübner, „Wir wollen keine Diktatur mehr ...“ Aspekte des
Diktaturenvergleichs am Beispiel einer Sozialgeschichte der Niederlausitzer
Industriearbeiterschaft 1936 bis 1965, in: Historische DDR-Forschung.
Aufsätze und Studien, herausgegeben von Jürgen Kocka, Akademie Berlin,
1993 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 1), ISBN 3-05-002463-1, S. 215-232

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung
Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor
für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur
vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g.
Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: [<redaktion@zeitgeschichte-digital.de>](mailto:redaktion@zeitgeschichte-digital.de)



Zitationshinweis:

Peter Hübner (1993), „Wir wollen keine Diktatur mehr ...“ Aspekte des Diktaturenvergleichs am Beispiel einer Sozialgeschichte der Niederlausitzer Industriearbeiterschaft 1936 bis 1965, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1006>

Ursprünglich erschienen als: Peter Hübner, „Wir wollen keine Diktatur mehr ...“ Aspekte des Diktaturenvergleichs am Beispiel einer Sozialgeschichte der Niederlausitzer Industriearbeiterschaft 1936 bis 1965, in: Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, herausgegeben von Jürgen Kocka, Akademie Berlin, 1993 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 1), ISBN 3-05-002463-1, S. 215-232

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Forschungsschwerpunkt
Zeithistorische Studien Potsdam

Band 1

Historische DDR-Forschung

Aufsätze und Studien

Herausgegeben von
Jürgen Kocka



Akademie Verlag

ZZF 1532 (H B B) ZZF
Förderungsgesellschaft
Wissenschaftliche Neuerfindungen mbH
Forschungsschwerpunkt
Zeithistorische Studien
Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Historische DDR-Forschung: Aufsätze und Studien / hrsg. von
Jürgen Kocka. – Berlin : Akad. Verl., 1993

(Zeithistorische Studien ; Bd. 1)

ISBN 3-05-002463-1

NE: Kocka, Jürgen [Hrsg.]; GT

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 1993

Der Akademie Verlag ist ein Unternehmen der VCH Verlagsgruppe.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprache, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

All rights reserved (including those of translation into other languages). No part of this book may be reproduced in any form – by photoprinting, microfilm, or any other means – nor transmitted or translated into a machine language without written permission from the publishers.

Druck: DH Thamhayn, Gräfenhainichen

Bindung: Druckerei zu Altenburg GmbH, Altenburg

Printed in the Federal Republic of Germany

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	7
JÜRGEN KOCKA	
Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem. Einleitung	9
JOCHEN LAUFER	
Auf dem Wege zur staatlichen Verselbständigung der SBZ. Neue Quellen zur Münche- ner Konferenz der Ministerpräsidenten 1947	27
MONIKA KAISER	
Die Zentrale der Diktatur – organisatorische Weichenstellungen, Strukturen und Kom- petenzen der SED-Führung in der SBZ/DDR 1946 bis 1952	57
JOACHIM PETZOLD	
Die Entnazifizierung der sächsischen Lehrerschaft 1945	87
OLAF GROEHLER	
Integration und Ausgrenzung von NS-Opfern. Zur Anerkennungs- und Entschädi- gungsdebatte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 bis 1949 . . .	105
JÜRGEN DANYEL	
Die geteilte Vergangenheit. Gesellschaftliche Ausgangslagen und politische Dispositio- nen für den Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten nach 1949	129
MARIO KESSLER	
Zwischen Repression und Toleranz. Die SED-Politik und die Juden (1949 bis 1967)	149
LEONORE ANSORG	
„Für Frieden und Sozialismus – seid bereit!“ Zur politischen Instrumentalisierung der Jungen Pioniere von Beginn ihrer Gründung bis Ende der 1950er Jahre	169
SONJA HÄDER	
Von der „demokratischen Schulreform“ zur Stalinisierung des Bildungswesens – der 17. Juni 1953 in Schulen und Schulverwaltung Ost-Berlins	191

PETER HÜBNER

„Wir wollen keine Diktatur mehr ...“ Aspekte des Diktaturenvergleichs am Beispiel einer Sozialgeschichte der Niederlausitzer Industriearbeiterschaft 1936 bis 1965 . . . 215

NIKOLA KNOTH

Umwelt. Auf den Spuren einer Erfahrung im sozialistischen Revier 233

PETRA CLEMENS

Die „Letzten“. Arbeits- und Berufserfahrungen einer Generation Niederlausitzer Textilarbeiterinnen 245

JÖRG ROESLER

Einholen wollen und Aufholen müssen. Zum Innovationsverlauf bei numerischen Steuerungen im Werkzeugmaschinenbau der DDR vor dem Hintergrund der bundesrepublikanischen Entwicklung 263

BURGHARD CIESLA

Das „Project Paperclip“ – deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in den USA (1946 bis 1952) 287

○ SIEGFRIED LOKATIS

Verlagspolitik zwischen Plan und Zensur. Das „Amt für Literatur und Verlagswesen“ oder die schwere Geburt des Literaturapparates der DDR 303

SIMONE BARCK

Das Dekadenz-Verdikt. Zur Konjunktur eines kulturpolitischen „Kampfkonzpts“ Ende der 1950er bis Mitte der 1960er Jahre 327

MARTINA LANGERMANN

♥ Zur Geschichte der Edition und Adaption Franz Kafkas in der DDR (1962 bis 1966) 345

MICHAEL LEMKE

Eine neue Konzeption? Die SED im Umgang mit der SPD 1956 bis 1960 361

Personenregister 379

Autorenverzeichnis 383

Abkürzungsverzeichnis

AAP/RF	Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Moskau
ABK	Starkstrom-Anlagenbaubetrieb Karl-Marx-Stadt
AdSD, FES	Archiv der Sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
ALV	Amt für Literatur und Verlagswesen
APZ	Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“
Archiv des IVVdN	Archiv des Interessenverbandes ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand
ArchStBB	Archiv des Statistischen Bundesamtes, Zweigstelle Berlin
BA	Bundesarchiv Koblenz
BA, Abt. Potsdam	Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam
BAFB	Air Force Historical Office, Bolling Air Force Base/Washington, D.C.
BArchN	Betriebsarchiv NILES Werkzeugmaschinen GmbH, Berlin
BArchNCh	Betriebsarchiv der Numerik GmbH, Chemnitz
BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam
BMusN	Betriebsmuseum der Numerik GmbH, Chemnitz
BPA	Bezirksparteiarchiv
BRABAG	Braunkohle- und Benzin AG
BUST-ZA	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik-Zentralarchiv
BZ	Berliner Zeitung
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
DA	Deutschland-Archiv
DIPF.BBF/Archiv	Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung. Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung/Archiv. Bestand der früheren Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR
APWA	
DVdI	Deutsche Verwaltung des Innern
DVK	Druckerei- und Verlags-Kontor
DVV	Deutsche Verwaltung für Volksbildung

DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
Ev. Zentralarchiv	Archiv Evangelische Kirche der Union und Bund Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FSP	Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien, Potsdam
Gbl	Gesetzblatt der DDR
GG	Geschichte und Gesellschaft
HZ	Historische Zeitschrift
IRSH	International Review of Social History
IWK	Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
JA IZJ POA	Jugendarchiv, Institut für Zeitgeschichtliche Jugendforschung Berlin, Pionierorganisation Archiv
JbWG	Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
JLOA	Joint Intelligence Objectives Agency
LAB	Landesarchiv Berlin
LAdK	Literaturarchive der Akademie der Künste (Ost)
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LKG	Leipziger Kommissions- und Großbuchhandel
MAFB	Air Force Historical Agency, Maxwell Air Force Base/Alabama
Mdi	Ministerium des Innern
MfV	Ministerium für Volksbildung
MWT	Ministerium für Wissenschaft und Technik
NARA	National Archives and Record Administration/Washington, D.C.
ND	Neues Deutschland
NDL	Neue Deutsche Literatur
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NÖS	Neues Ökonomisches System
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
OdF	Opfer des Faschismus
ÖSS	Ökonomisches System des Sozialismus
PB	Politbüro des ZK der SED
PKK	Parteikontrollkommission
PRO London	Public Record Office London
SAPMO-BArch, ZPA	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SMAD	Sowjetische Militäradministration
SPK	Staatliche Plankommission
USAF	United States Air Force
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VSWG	Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission
ZS	Zentralsekretariat des Parteivorstandes der SED

PETER HÜBNER

„Wir wollen keine Diktatur mehr ...“ Aspekte des Diktaturenvergleichs am Beispiel einer Sozialgeschichte der Niederlausitzer Industriearbeiterschaft 1936 bis 1965

Die Geschichte setzt ihre Symbole: „IKW 69“¹ heißt eines davon und bezeichnet die wohl jüngste Investitionsruine im Lausitzer Braunkohlenrevier, ein Industriekraftwerk in Lauchhammer, das acht der umliegenden Brikettfabriken mit Dampf versorgen sollte. Mitte 1991 wurde der nach drei Jahren fast fertige Bau eingestellt, denn dieser Dampf fand keine Abnehmer mehr: Nach rund einem Jahrhundert endete hier die Brikettproduktion, nicht zuletzt, weil einer ihrer Großkunden, die Kokerei Lauchhammer, die Tore geschlossen hat.² Auf andere Art symbolhaft erscheint auch der Wandel der regionaltypischen Textilindustrie, wo sich hinter den bröckelnden Fassaden alter Fabrikarchitektur seit 1990 zunehmend Stille ausbreitete.³

Die Lausitzer Industrie steht am Ende einer etwa 150jährigen und in sich recht konsistenten Industrialisierungsperiode, die im 20. Jahrhundert nachhaltig durch autarkiepolitische Erwägungen bestimmt war. Nicht allein das Scheitern eines sozialistischen Gesellschaftsexperiments wirkt dabei heute einschneidend, auch – und damit durchaus im Zusammenhang – ist ein industrieller und wirtschaftlicher Strukturwandel nachzuholen, der in westlichen Industrieländern inzwischen stattgefunden hat,⁴ dem die DDR aus hier nicht näher zu bezeichnenden Gründen jedoch nicht gefolgt war.⁵ Der Einschnitt in eine lange industrielle Tradition trifft die Lausitzer Wirtschaft wegen der ehemals dominanten Stellung der Braunkohle besonders schwer. „Schon liegen Teile des Bergbaus im Museum“, ermuntert die Presse interessierte Touristen.⁶ Für die peripheren Teile der Kohlenindustrie, den Textilbereich, aber auch andere Zweige gilt das kaum weniger.⁷

Diese Studie ist Teilergebnis eines größeren Forschungsprojektes (vgl. Anm. 24).

¹ IKW = Industriekraftwerk.

² Der Tagesspiegel, 23. 8. 1992, S. 29.

³ Siehe den Beitrag von P. Clemens über die Forster Tuchfabrikation in diesem Band.

⁴ Vgl. G. Ambrosius/W. H. Hubbard, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas im 20. Jahrhundert, München 1986, S. 298–302.

⁵ Vgl. hierzu G. Gutmann, Der Einsatz der Volkswirtschaft für das Erreichen politischer Ziele der SED, in: DA 26, 1993, S. 496–503; K. C. Thalheim, Entstehung und Entwicklung des Wirtschaftssystems der DDR nach dem II. Weltkrieg, in: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1987, S. 17–25.

⁶ BZ, 9. 7. 1992, S. 14.

⁷ Zu beachten sind regionale Bemühungen um die Bergung von technik-, kultur- und lebensgeschichtlichen Zeugnissen, etwa am Niederlausitzer Heidemuseum in Spremberg.

Erinnern und Vergleichen

Den betroffenen Industriearbeitern in der Lausitz gerät fast unmerklich eben noch Gegenwärtiges zur Erinnerung. Erinnern bedeutet immer aber auch Vergleichen. So erlebte die ältere Generation schon einmal einen industriellen Kapazitätsabbau großen Ausmaßes,⁸ doch ging es nach dem Zweiten Weltkrieg um Wiederaufbau, während die heutigen industriellen Substanzverluste einen gravierenden Strukturwandel ankündigen und drastische Veränderungen in der Beschäftigungs- und Sozialstruktur auslösen.⁹ Erinnern an die Zeit vor nahezu 50 Jahren liegt nahe, orientierungsuchendes Vergleichen auch.

Ohne die unmittelbaren Gründe jenes auch sozialgeschichtlich so tiefen Einschnittes von 1989/90 näher erörtern zu können,¹⁰ interessiert hier, wie Industriearbeiter in der Vergangenheit solche Zäsuren wahrnahmen und inwieweit dabei der Vergleich des Vorher mit dem Nachher eine Rolle spielte, wobei auch nach Schwerpunkten, Strukturen und Zielen solch komparativer Bestimmungsversuche gefragt werden soll.

Wie die eingangs erwähnten Lausitzer Industriearbeiter hatten auch deren Eltern und Großeltern um 1945 eine Umbruchsituation historischen Ausmaßes zu bestehen. Ob und wie sie dabei Vergleiche zwischen der Situation in der SBZ und der DDR einerseits und dem NS-Regime andererseits anstellten, ist Gegenstand der folgenden Betrachtungen. Dieser Versuch, einen in der Literatur nicht eben zentralen Aspekt historischer Komparatistik¹¹ zu behandeln, stützt sich im wesentlichen auf Untersuchungen des Verfassers zur Sozialgeschichte der Niederlausitzer Industriearbeiterschaft von Mitte der 1930er bis Mitte der 1960er Jahre. Sie sind allein schon durch diesen chronologischen Rahmen jenem methodischen Ansatz verpflichtet, der im Begriff des Diktaturenvergleichs angelegt ist.¹²

Im Unterschied jedoch zum Diktaturenvergleich als einem Instrument des Historikers soll hier nach einer lebenspraktischen Methode gefragt werden, mit der die Zeitgenossen individuell, aber auch kollektiv jene Umbruchsperiode „zwischen Stalingrad und Währungsreform“¹³ zu bewältigen suchten, die in der SBZ in eine neue Diktatur mündete.

Gerade für Industriearbeiter in der SBZ und der DDR scheint die Zäsur um 1945 in der Regel einen weniger abrupten Charakter an den Tag gelegt zu haben als für die besitzenden

⁸ Neuere Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, daß schätzungsweise 20 % der bis Ende 1944 im Gebiet der späteren SBZ aufgebauten Industriekapazitäten durch Kriegseinwirkungen verloren gegangen sein dürften. *W. Matschke*, Die industrielle Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) von 1945 bis 1948, Berlin 1988, S. 64.

⁹ Die ab 1945 eintretenden Demontageverluste verringerten die bei Kriegsende noch vorhandene industrielle Kapazität der SBZ insgesamt etwa um die Hälfte. Ebenda, S. 195. Nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln (IW) blieben von über 4 Millionen Arbeitsplätzen der DDR-Industrie 1989 nach zwei Jahren noch 1,9 Millionen, darunter 800 000 in noch nicht umgewandelten Unternehmen der Treuhandanstalt. Im hier besonders interessierenden Bergbau bestanden nur noch 36 % der Arbeitsplätze. Vgl. *F.A.Z.*, 10. 10. 1992, S. 13.

¹⁰ Vgl. *G. Kusch u. a.*, Schlußbilanz – DDR. Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, Berlin 1991.

¹¹ Zu den Gründen, die zu einer Marginalisierung des Interpretationstyps „Zäsur nach 1945“ beitrugen siehe *A. Doering-Manteuffel*, Deutsche Zeitgeschichte nach 1945. Entwicklung und Problemlagen der historischen Forschung zur Nachkriegszeit, in: *VfZ* 41, 1993, S. 26.

¹² Näheres dazu bei *E. Wolfram*, Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts. Ein neuer zeitgeschichtlicher Förderschwerpunkt der Stiftung Volkswagenwerk, in: *VfZ* 40, 1992, S. 155–158.

¹³ Vgl. *M. Broszat u. a. (Hg.)*, Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988.

Bevölkerungsschichten. Nicht nur, daß erstere in der Regel nicht so sehr um Eigentum zu bangen hatten, sie durften auch aufgrund ihres „proletarischen“ Status eher auf eine nachsichtigere Behandlung durch die sowjetische Besatzungsmacht hoffen.¹⁴ Aber – ohne hier näher auf die Industriegeschichte der DDR¹⁵ eingehen zu können – sei auf einen mindestens ebenso beachtenswerten Umstand verwiesen: Weit mehr als die westdeutsche Teil-Volkswirtschaft verharnte nämlich die östliche in tradierten Strukturen.¹⁶ Das lag nicht nur an chronischer Investitionsschwäche; es hatte auch mit einer autarkiepolitischen Komponente zu tun, die die industrielle Entwicklung der DDR durchzog.¹⁷ Nicht allein aus dem Kontext des Kalten Krieges, auch aus den im RGW zusammengefaßten zentralisierten Planwirtschaftssystemen und ihrer einseitigen Ausrichtung auf die Sowjetunion erwachsen solche Autarkietendenzen.¹⁸ Diese trafen im zum Osten gewordenen Mitteldeutschland insofern auf vorbereiteten Boden, als die nach der deutschen Teilung in SBZ und DDR torsohaft existierende Industriestruktur an der ebenfalls autarkieorientierten Kriegswirtschaft des „Dritten Reiches“ anknüpfte.¹⁹ Schließlich entsprachen Industrieproduktion und Arbeitskräfteeinsatz in der DDR trotz erheblicher Kriegszerstörungen und Demontageverluste nach relativ geringen strukturellen Veränderungen den sowjetischen Reparationsforderungen recht weitgehend.²⁰

Wenn auch von Arbeitern Kriegsende und Besatzungszeit als gravierender Umbruch erfahren wurden, so bildete die industrielle Arbeit vielfach eine für Biographien und Lebenserfahrungen wichtige Kontinuitätsbrücke. Doch bleibt das nicht der einzige Grund für die Frage, inwieweit Industriearbeiter ihre nach 1945 hinzugewonnenen Erfahrungen auf das historische Vorfeld projizierten. Auch die Generationenfolge dürfte hierbei eine Rolle gespielt haben, denn bis weit in die 1960er Jahre hinein dominierte die sogenannte Aufbaugeneration in der Arbeiterschaft: Ihre Erziehung, Ausbildung und Sozialisation erfolgten unter den Bedingungen der zerfallenden Weimarer Demokratie und des Nationalsozialis-

¹⁴ Tatsächlich gehörten Erfassung und Einsatz von Arbeitern, damit aber auch deren Lebensmittelversorgung zu den Feldern, auf denen die SMA beträchtliche Aktivitäten entwickelte. Siehe Jahrbuch für Arbeit und Sozialfürsorge von 1945 bis 31. März 1947, Berlin o. J., S. 34f., 42–45.

¹⁵ Vgl. K. C. Thalheim, Die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland, Berlin ³1988; derselbe, Die Wirtschaftspolitik der DDR im Schatten Moskaus, Hannover 1979; W. Mühlfriedel/K. Wießner, Die Geschichte der Industrie der DDR. Von den Anfängen bis 1965, Berlin 1989; H. E. Haase, Das Wirtschaftssystem der DDR. Eine Einführung, Berlin ²1990.

¹⁶ Hierauf war schon frühzeitig aufmerksam gemacht worden. Vgl. B. Gleitze, Die Wirtschaftsstruktur der Sowjetzone und ihre gegenwärtigen sozial- und wirtschaftsrechtlichen Tendenzen, Bonn 1951, S. 15f.

¹⁷ Im Beschluß des SED-Parteivorstandes über den Zweijahrplan für 1949/50 wurde ausdrücklich betont, daß es nicht nur um die Behebung der Kriegsschäden gehe, sondern „auch die Folgen der Trennung von den wichtigsten Industriezentren Deutschlands überwunden werden“ müßten. Dokumente der SED, Bd. 2, Berlin 1952, S. 31. Noch deutlicher trat das autarkiepolitische Moment in den folgenden längerfristigen Wirtschaftsplänen zutage.

¹⁸ Vgl. hierzu: Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. Hg. im Auftrag der Fachkommission Zeitgeschichte im J. G. Herder-Forschungsrat von H. Lemberg [u. a.], Marburg/Lahn 1991 (Historische und landeskundliche Studien; 7).

¹⁹ Vgl. W. Matschke, a. a. O., S. 99–106. Siehe auch H. Barthel, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR. Zur Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der DDR 1945–1949/50, Berlin 1979, S. 29–36; 69–80.

²⁰ Hierzu ausführlicher B. Gleitze, a. a. O., S. 15f.; D. Storbeck, Soziale Strukturen in Mitteldeutschland. Eine sozialstatistische Bevölkerungsanalyse im gesamtdeutschen Vergleich, Berlin 1964, S. 116, 153.

mus.²¹ Viele dieser Arbeiter waren – oft am selben Arbeitsplatz – Mitglieder nationalsozialistischer Gefolgschaften und später sozialistischer Kollektive gewesen.

Es sind mithin auch gegenstandsimmanente Gründe, die bei der Untersuchung von Industriearbeitergeschichte in der SBZ und der DDR vergleichende Projektionen auf die NS-Zeit nahelegen. Daran kann die Frage nach dem Alltagsverhalten von Arbeitern unter modernen Diktaturen, vor allem nach Maß und Praxis von Selbstbestimmtheit, anschließen. So wird der Blick nicht nur auf den Umgang der Regimes mit den Arbeitern, sondern auch auf den Umgang der Arbeiter mit den Regimen und deren Vertretern gelenkt.²² Wichtig für einen solchen Ansatz bleibt, daß nicht zwei Politik- bzw. Sozialgeschichten – scharf geschieden durch die Zäsur von 1945 – gegeneinander aufgerechnet werden, sondern daß hier ein zusammenhängender Prozeß des ständigen orientierungsuchenden Vergleichens aus der biographischen und sozialen Optik von Industriearbeitern Forschungsgegenstand wird.²³

Inwieweit solch ein Verfahren produktiv zu machen ist, war eine Frage, die sich im Fortgang noch andauernder Untersuchungen zur Sozialgeschichte der Niederlausitzer Industriearbeiterschaft stellte.²⁴ Mehrere industrielle Investitionsschübe mit autarkiepolitischem Hintergrund sorgten nicht nur für eine vergleichsweise günstige Quellenlage, sondern auch dafür, daß soziale Effekte dieser Industrialisierung besonders deutlich hervortraten.²⁵

Autarkiepolitisch bestimmte Kontinuitätslinien

Seit dem Ersten Weltkrieg war hier unter einem dominanten autarkiepolitischen Gesichtspunkt investiert worden, der in den DDR-Planungen für die 1950er Jahre erneut voll durchschlug.²⁶ Die Basis hierfür boten umfangreiche Braunkohlenlagerstätten in Koks-, Briket-

²¹ Interessante Einblicke bieten *L. Niethammer u. a.*, Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. 30 biographische Eröffnungen, Berlin 1991.

²² Diese Fragestellung orientiert sich an *A. Lüdtke*, „Eigen-Sinn“, Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus, Hamburg 1992.

²³ Das Problem einer die Zäsur des Regimewechsels übergreifenden Perspektive ist evident, wenngleich zunächst offen bleibt, inwieweit das Modell einer Umbruchsepoche in ihren drei Bedeutungsqualitäten (revolutionärer Umbruch, extreme Ausnahmesituation, Übergangs- und Inkubationszeit) das Geschehen in der sowjetischen Besatzungszone zu erklären vermag. Vgl. *M. Broszat u. a. (Hg.)*, a. a. O., S. XXX.

²⁴ Das Projekt „Sozialgeschichte der Niederlausitzer Industriearbeiterschaft 1936–1965“ wird am Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien der Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH, Potsdam, von P. Clemens, P. Hübner (Leiter) und N. Knoth bearbeitet. Als weitere Autoren konnten F. Förster, M. Langermann, G. Lippold, H. Mehls, Ch. Nehrig, M. Ordyłowski und M. Rank gewonnen werden. Das Projekt besteht aus: 1. „Umworben und bedrängt“. Forschungsstudien zur Sozialgeschichte der Niederlausitzer Industriearbeiterschaft unter deutschen Diktaturen 1936–1965; 2. „Werktag“. Ein Lesebuch zur Sozialgeschichte der Niederlausitzer Industriearbeiterschaft 1936–1965. In Verbindung mit diesen beiden Bänden wird eine Ausstellung „Niederlausitzer Arbeiterleben in den 1950er Jahren“ vorbereitet. Dem Projekt ist außerdem eine Analyse der sozialen Aufstiegsmobilität von Industriearbeitern in der DDR zugeordnet.

²⁵ Siehe dazu *P. Hübner*, Zum Kohle- und Energieprogramm der DDR 1957, in: ZfG 32, 1984, S. 195–205; *derselbe*, Sozialhistorische Aspekte der industriellen Standortproblematik in der DDR. Bemerkungen zu einem Beitrag von Jörg Roesler, in: ZfG 36, 1988, S. 41–50.

²⁶ Kennzeichnend hierfür waren u. a. die schnelle Wiederinbetriebnahme des Braunkohle-Benzin-Werkes Schwarzheide und ab 1950 der Bau eines Großbetriebes zur Braunkohlenverkokung in Lauchhammer.

tier- und Kesselkohlenqualität, gelegen zwischen den Linien Lauchhammer – Hoyerswerda im Süden und Lübbenau – Cottbus – Guben im Norden.²⁷ Die in den 1870er Jahren im Senftenberger Revier eingeführte Brikettierung machte diese Kohle zu einem überregionalen Wirtschaftsfaktor.²⁸

Nachdem 1911 mit dem Bau des ersten modernen Großkraftwerkes bei Hirschfelde an der Neiße deutlich wurde, daß die Lausitzer Kohle für Investoren weiter an Bedeutung gewann, rückte in den folgenden Jahren die Niederlausitz in den Vordergrund des Interesses.²⁹ Schon 1914 begann der Bau des Großkraftwerkes Trattendorf bei Spremberg, und 1917 folgte bei Lauta das dritte Lausitzer Großkraftwerk als Stromversorger für das ebenfalls neuerrichtete Aluminiumwerk Lauta. In den 1920er Jahren bildeten diese drei Kraftwerke zusammen mit dem bei Leipzig gelegenen Kraftwerk Böhlen das Rückgrat des mitteldeutschen Hochleistungsverbundnetzes. Die Braunkohleförderung stieg nach Überwindung der Weltwirtschaftskrise zügig an, wobei allerdings der Anteil des Niederlausitzer Reviers wegen der teilweise komplizierteren Förderbedingungen hinter dem Zuwachs des westelbischen Reviers etwas zurückblieb.³⁰ Im Rahmen der voll auf die reichlich vorhandene Braunkohle setzenden Energiepolitik der DDR³¹ verschob sich der Schwerpunkt der deutschen Braunkohleförderung seit Mitte der 1950er Jahre bei rapidem Anstieg der Produktionsmenge in das Niederlausitzer Revier.³²

Das unter kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkten errichtete Lautawerk wurde in den 1930er Jahren zum größten europäischen Aluminiumproduzenten, während seit 1935 unweit davon, bei Schwarzeiche, ein Hydrierwerk zur Treibstoffgewinnung aus Braunkohle entstand.³³ Nach z. T. erheblichen Zerstörungen und Demontagen wurden auch diese Werke in der SBZ/DDR wieder auf- und ausgebaut. In den 1950er und 60er Jahren flossen bis zu einem Viertel der jährlichen Industrieminvestitionen der DDR allein in den Niederlausitzer Bergbau.³⁴ Besonders das Kohle- und Energieprogramm von 1957 löste in der Lausitz einen beträchtlichen Investitionsschub aus.³⁵ Lediglich die größeren Objekte seien hier genannt:³⁶

²⁷ Vgl. *H. Kohl*, *Ökonomische Geographie der Montanindustrie in der Deutschen Demokratischen Republik*, Gotha 1966, S. 14.

²⁸ Ausführlicher dazu *R. Lehmann*, *Geschichte der Niederlausitz*, Berlin 1963; *F. Förster*, *Um Lausitzer Braunkohle 1849–1945*, Bautzen 1990; *derselbe*, *Wie die Braunkohlenindustrie in den Raum Hoyerswerda kam*, in: *Hoyerswerda. Geschichte und Geschichten aus Dörfern und Städten*, Horb am Neckar 1992, S. 39–46.

²⁹ Diese und die folgenden Angaben sind entnommen: *L. Heydick u. a. (Hg.)*, *Historischer Führer. Stätten und Denkmale der Geschichte in den Bezirken Dresden, Cottbus, Leipzig 1982*, passim. Siehe auch *Handbuch der historischen Stätten Deutschlands*, Bd. 10. Berlin und Brandenburg, hg. von *G. Heinrich*, Stuttgart 1985, passim.

³⁰ Vgl. *Kohl*, a. a. O., S. 30.

³¹ Siehe dazu *K. Wießner*, *Die energetische Basis der DDR vom Ende der 40er bis Mitte der 60er Jahre*, in: *JbWG*, Teil 4/1990, Berlin 1990, S. 49–65.

³² Vgl. *Statistisches Jahrbuch des DDR 1989*, Berlin 1989, S. 24, 69f.

³³ Zur Gesamtproblematik *D. Petzina*, *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der Nationalsozialistische Vierjahresplan*, Stuttgart 1968.

³⁴ Vgl. *H. Czihak/J. Roesler*, *Naturbedingungen und Effektivitätsentwicklung im Braunkohlenbergbau 1950–1972*, in: *J. Roesler u. a.*, *Produktionswachstum und Effektivität in Industriezweigen der DDR 1950–1970*, Berlin 1983, S. 211 f.

³⁵ Vgl. *J. Roesler*, *Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR*, Berlin 1978, S. 287–292.

³⁶ Nach *Meyers Neues Lexikon*, Bd. 3, Leipzig 1972, S. 404–407.

Werk	Bauzeitraum
Großkokerei Lauchhammer	1951–57
Braunkohlenkombinat Schwarze Pumpe	1955–66
Kraftwerk Trattendorf (Neuaufbau)	1954–59
Kraftwerk Lübbenau	1957–64
Kraftwerk Vetschau	1960–67
Kraftwerk Jänschwalde	1978–84

In diesem Kontext sind auch die Erweiterung des Kraftwerkes Hirschfelde sowie der Neubau der Kraftwerke Hagenwerder/Berzdorf von 1955 bis 1962 und Boxberg von 1968 bis 1975 in der Oberlausitz zu sehen.

Als Voraussetzung für den Kraftwerksbetrieb begannen neue große Tagebaue mit der Kohleförderung: Spreetal im Jahre 1959, Schlabendorf 1961, Burghammer 1962, Greifenhain und Seese 1963, Meuro 1965, Welzow-Süd 1966, Nochten 1968, Cottbus-Nord 1981. Noch 1988 kam der Neuaufschluß von Klettwitz-Nord hinzu.³⁷

Die chemische Industrie investierte vor allem 1958–64 in den Neubau der Aluminiumhütte im Chemiewerk Lauta, 1959–67 in das Chemiefaserkombinat Guben und 1966 in die Herbizidfabrik des Synthesewerkes Schwarzeheide. Schwerpunktinvestitionen des Maschinenbaus galten 1951–55 dem Schwermaschinenbau Lauchhammer und 1956–58 dem Ausbau der Draht- und Schraubenfabrik Finsterwalde. Weitere Neubauten waren das 1959–61 errichtete Fernsehkolbenwerk Friedrichshain, 1964–68 das Glaswerk Döbern und 1969–70 das Textilkombinat Cottbus. Für den umfangreichen Industrie- und Wohnungsbau entstanden 1957 in Hoyerswerda und 1967 in Cottbus große Betonwerke sowie 1969 das Metall-Leichtbau-Kombinat Hosena.

Mit der forcierten Industrialisierung der Niederlausitz in den 1950er und 60er Jahren setzte sich ein Prozeß fort, der im Ersten Weltkrieg, während des Vierjahresplanes 1936–39 und im Zweiten Weltkrieg starke autarkiepolitische Impulse erfuhr und dem schon in diesen Phasen unverkennbar planwirtschaftliche Elemente implantiert worden waren.³⁸ Zumindest im Hinblick auf soziale Begleiteffekte wie die Schaffung von Arbeitsplätzen, den Bau von Werkswohnungen, die bevorzugte Versorgung mit Lebensmitteln und Kleidung sowie Einkommensverbesserungen dürfte diese Konfiguration in der Arbeiterschaft positiv wahrgenommen worden sein.³⁹ Allerdings gilt es hier zwischen der Lage der Arbeiter in den als wichtig eingestuften Betrieben der Grundstoffindustrie und denen der Leicht-, insbesondere der Textilindustrie zu unterscheiden. In letzterer blieben die Beschäftigten – vor allem Frauen – bis in die zweite Hälfte der 1950er Jahre eher im sozialen „Regenschatten“ des Investitionsgeschehens, wenngleich noch in den ausgehenden 1950ern „eine spürbare Nivellierung der Einkommensverhältnisse über die gesamte Breite der Industrie“ begann.⁴⁰

Gerade diese regimeübergreifenden Kontinuitätslinien bilden die Basis für die Frage nach einem zeitgenössischen Diktaturenvergleich in der SBZ und der DDR.

³⁷ Zu den ökologischen Konsequenzen der damit verbundenen großräumigen Landschaftszerstörung siehe den Beitrag von N. Knoth in diesem Band.

³⁸ Vgl. R. Nöll von der Nahmer, Weltwirtschaft und Weltwirtschaftskrise, in: Propyläen Weltgeschichte. Eine Universalgeschichte. Hg. von G. Mann u. a., Berlin 1991, S. 357–360.

³⁹ So etwa beim Bau der Wohnsiedlungen für das Hydrierwerk in Schwarzeheide Ende der 1930er und der Wohnstadt Hoyerswerda für das Kombinat Schwarze Pumpe ab Mitte der 1950er Jahre.

⁴⁰ Mühlfriedel/Wießner, a. a. O., S. 270.

„Trivial“-Komparatistik

Die hier vorgestellte Konstellation erlaubt mehrere komparative Schnittebenen. Zum einen wird es möglich, vor dem Hintergrund eines relativ homogenen Industrialisierungsprozesses die Arbeiterpolitik im „Dritten Reich“, in der SBZ und der DDR zu vergleichen und nach ihren sozialen Effekten zu befragen. Zum anderen lohnt ein Vergleich der autarkiepolitisch relevanten und der weniger relevanten Industriezweige, dies nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt der Frauenarbeit. Eine dritte Ebene reflektiert die 1945/46 einsetzende Spaltung Deutschlands in Form eines innerdeutschen Ost-West-Vergleiches, etwa zwischen dem Lausitzer und dem Köln-Aachener Braunkohlenrevier. Diese komparativen Schnitte bilden eine zeit-räumliche Struktur, die der deutschen Spezifik von Wechsel und Aufspaltung der politischen und sozialen Systeme ebenso entspricht wie den darin eingelagerten wirtschafts-, sozial-, mentalitäten- und kulturgeschichtlichen Kontinuitätslinien.⁴¹

Alle drei Vergleichsebenen finden sich als Denkmuster bei den Arbeitern der DDR vorbereitet. (Eine vierte, der auf den RGW-Raum bezogene Ost-Ost-Vergleich, kam gegen Ende der 1950er Jahre auf.) Damit ist noch nichts über deren Inhalt gesagt. Wichtig erscheint deshalb Hans Mommsens auf die Zeit des Zweiten Weltkrieges bezogene, aber doch wohl auf die ganze NS-Zeit zu erweiternde Feststellung, daß die Fülle der Geschehnisse zu groß und die Herausforderungen des einzelnen zu vielgestaltig waren, „als daß es denkbar wäre, die Erfahrungen dieser einzelnen in einem geschlossenen Typus zu verdichten“.⁴² Methodisch vollzieht der hier beschriebene Forschungsansatz somit einen realen historischen Prozeß nach, der aus den Quellen allerdings in der Regel nur vermittelt und in Brechungen aufscheint.⁴³ Ein solches Vorgehen enthebt die geschichtswissenschaftliche Forschung jedoch nicht des komparativen Problematisierens „von außen“⁴⁴.

Versucht man die Sichtweise von Industriearbeitern zu rekonstruieren, um festzustellen, inwieweit hierbei Elemente eines Diktaturenvergleiches wirksam wurden, fällt sehr bald auf, daß einem direkten Gegeneinanderhalten des nationalsozialistischen und des realsozialistischen Regimes oder genauer gesagt, der Erfahrungen, die Industriearbeiter mit ihnen gemacht haben, andere vergleichende Projektionen vorausgegangen waren: Die Lebensrealität von Arbeitern im „Dritten Reich“ wurde vor allem durch das Gegenhalten der Erfahrungen mit dem Versailler Vertrag und seinen Folgen, der Inflation und der Weltwirtschaftskrise positiv aufgewertet.⁴⁵

⁴¹ Siehe dazu G. Schulz, Einführung in die Zeitgeschichte, Darmstadt 1992, S. 90–95.

⁴² H. Mommsen, Kriegserfahrungen, in: U. Borsdorf/M. Jamin (Hg.), Über Leben im Krieg. Kriegserfahrungen in einer Industrieregion 1939–1945, Reinbek bei Hamburg 1989, S. 7.

⁴³ Diese wichtige Frage kann hier nicht näher ausgeführt werden. Es sei lediglich darauf verwiesen, daß die quellenkritische Erschließung relativ basisnaher zeitgenössischer Berichte, worauf sich die folgenden Ausführungen stützen, durch keine andere Quellengattung zu ersetzen ist. Vgl. F. Beck, Archive und archivalische Quellenlage in den neuen Bundesländern zur zeitgeschichtlichen Forschung, in: Archivar 44, 1991, Sp. 411–428; Quellen zur Geschichte der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. Erster Überblick über die Bestände im Bundesarchiv, Abt. Potsdam und in den Staatsarchiven der neuen Bundesländer, in: Archivmitteilungen 41, 1991, S. 151–173; E. Buchholtz/T. Franz, DDR-Akten und Quellenkritik. Ein Tagungsbericht, in: IWK 28, 1992, S. 554–560.

⁴⁴ Zu den verschiedenen Forschungsansätzen siehe J. Kocka, Il nuovi interrogativi della storiografia tedesca, in: Passato e presente a. XI. 1993, n. 28, S. 42–52.

⁴⁵ Vgl. u. a. G. Ziemer, Inflation und Deflation zerstören die Demokratie. Lehren aus dem Schicksal der

Das blieb ein wichtiger Maßstab, der die Stimmung in der Arbeiterschaft zumindest noch in den ersten Nachkriegsjahren beeinflusste. Auch die SED-Führung konnte in den 1950er Jahren, als sich die Lebenslage im Verhältnis zur bitteren Nachkriegsnot stabilisierte und in mehreren Schüben besserte, einen ähnlichen Relationsbonus verbuchen. Dieser Vergleich – der freilich auch durch den innerdeutschen relativiert wurde – förderte das Arrangement größerer Teile der Arbeiterschaft mit dem SED-Regime. Er lieferte aber auch maßgebliche Argumente für die soziale Befriedungspolitik besonders in der Spätphase der DDR.⁴⁶

Die SED hat diese unbestreitbaren Erfolge ebenso propagandistisch genutzt wie das NS-Regime zuvor. Am deutlichsten wurde das in der „Verwertung“ der Arbeiter- und Sozialpolitik.⁴⁷ Für die SED blieb ein Vergleich mit der nationalsozialistischen Sozialpolitik jedoch immer etwas problematisch, nicht so sehr wegen des Umfanges sozialer Leistungen, als vielmehr wegen mancher Kontinuitäten, die auf NS-Herkunft verwiesen. Die Alltags- und Sozialgeschichte der Deutschen unter Hitler wurde in offiziellen historischen Darstellungen nicht ohne Grund durch massive – nicht unberechtigte – Hinweise auf die terroristischen Praktiken des NS-Regimes und auf die Extremsituationen des Krieges überlagert.⁴⁸ Im Hintergrund stand die als ziemlich peinlich empfundene Tatsache, daß es nicht zuletzt die nationalsozialistische Sozialpolitik war, die Hitlers Staat in weiten Teilen der deutschen Arbeiterschaft akzeptabel gemacht hatte.⁴⁹

Sozialpolitik und soziale Lage blieben in der DDR wesentliche Bezugspunkte der erwähnten komparativen Achsen. Allerdings deuten die für das Projekt erschlossenen Quellen⁵⁰ darauf hin, daß – soweit die Nachkriegssituation mit dem „Dritten Reich“ verglichen wurde – sich diese „Trivialkomparatistik“ als ein Prozeß mit wechselnden Schwerpunkten vollzog: – Vergleiche zwischen dem Vorgehen der sowjetischen Besatzungsmacht und der politischen Praxis des Nationalsozialismus lassen sich bereits kurz nach Kriegsende ausmachen. – Ab 1946 verlagert sich die Vergleichsebene – auch unter dem Eindruck des Hungerwinters 1946/47 – mehr darauf, wie die SED die Entwicklung zu steuern versuchte. Dabei fiel ins Gewicht, daß es den Behörden des „Dritten Reiches“ gelungen war, die Versorgung bis ins letzte Kriegsjahr hinein einigermaßen zu sichern. – Etwa seit 1947/48 geriet auch der offene Schwenk der SED zur Diktatur nicht nur in eine vergleichende, sondern auch in eine oft gleichsetzende Optik.

Weimarer Republik, Stuttgart 1971, S. 218; H.-J. Eitner, Hitlers Deutsche: das Ende eines Tabus, Gernsbach 1991, S. 15–20, 33–35.

⁴⁶ Vgl. P. Hübner, Balance des Ungleichgewichtes. Zum Verhältnis von Arbeiterinteressen und SED-Herrschaft, in: GG 19, 1993, S. 15–28; R. Habich u. a., „Ein unbekanntes Land“. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden in Ostdeutschland, in: APZ, B 32/91, 2. 8. 1991, S. 13–33.

⁴⁷ Vgl. u. a. W. Müller, Das soziale Leben in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Deutschen Arbeitsfront, Berlin 1938; Alles für das Wohl und Glück des Volkes. Bilanz und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, hg. von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED, Berlin 1984.

⁴⁸ In der Betriebsgeschichtsschreibung der DDR fand dieses Verfahren relativ häufige Anwendung. Vgl. u. a. Unser Werk. VEB Synthesewerk Schwarzheide. Teil I (1935–1945). Dargestellt von G. Valentin, hektograph. Exp., in: BLHA, Rep. 903, Synthesewerk Schwarzheide, Zugangsnr. 310.

⁴⁹ Ausführlicher dazu T. W. Mason, Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Köln 1977; W. Maser, Das Regime. Alltag in Deutschland 1933–1945, München 1983; D. Peukert, Zur Erforschung der Sozialpolitik im Dritten Reich, in: H.-U. Otto/H. Sünker (Hg.), Soziale Arbeit im Faschismus, Frankfurt a. M. 1989, S. 36–46.

⁵⁰ Am ergiebigsten zeigten sich Quellen zur Werksgeschichte sowie aus den Bereichen der staatlichen, SED- und FDGB-Strukturen auf Kreis- und Bezirksebene.

Seit den west- und ostdeutschen Währungsreformen von 1948 wurden diese komparativen Ebenen zunehmend durch einen für die gesamte Existenzdauer der DDR charakteristischen Vergleich mit der bundesrepublikanischen Entwicklung überlagert.

Diesen Thesen ist im folgenden an einigen Fallbeispielen nachzugehen.

Fallbeispiel 1: Schwarzheide

Nur wenige aus den Quellen faßbare Anzeichen lassen erkennen, daß die Deutschen nach 1945 auch eine Komparatistik der eben beschriebenen Art pflegten. Hinweise darauf finden sich – vielleicht am ehesten – in den Akten größerer Industrieunternehmen, die direkt in sowjetische Regie übergingen.⁵¹ Dort trafen die eben beendete NS- und die neue Besatzungswirklichkeit abrupt wie anderswo auch aufeinander, doch vollzog sich das auf der Basis einer durch Technik und Produktion bestimmten Kontinuität. Daß die hier Beschäftigten ihre ersten Nachkriegserfahrungen erinnernd und vergleichend auf die NS-Realität projizierten und die betriebliche Praxis dabei zu einem Maßstab machten, scheint naheliegend.

Der Frage ist am Beispiel des Treibstoff-Hydrierwerk Schwarzheide nachzugehen, welches trotz schwerer Luftangriffe im Mai, Juni und August 1944 sowie im März 1945 bis zum Kriegsende in Teilen betriebsfähig geblieben war.⁵² Zwischen 1935 und 1943 von der Braunkohle-Benzin-AG (BRABAG)⁵³ errichtet, beschäftigte es bald über 4000 Arbeitskräfte und stellte damit in der Region einen außerordentlich wichtigen Wirtschaftsfaktor dar.⁵⁴

Unmittelbar nach der Besetzung des Werkes durch sowjetische Truppen Ende April 1945 rief ein soeben als Werkskommandant eingesetzter Offizier die verfügbaren Belegschaftsmitglieder zusammen, ermahnte zu Disziplin und Arbeitsfleiß – und sagte den Neuaufbau der zerstörten Betriebsteile und die Wiederaufnahme der Produktion zu.⁵⁵ Die deutsche Werkleitung begriff das als Chance, einer Demontage vorzubeugen und reagierte mit konkreten Vorschlägen zur stufenweisen Produktionsaufnahme unter Hinweis darauf, „daß wir rund 3000 Mann hier haben und zwar aus unserer ursprünglichen Gefolgschaft“.⁵⁶

Auch aus der Sicht der „Gefolgschaft“ war das ein bemerkenswertes Angebot, versprach es doch inmitten von Not und Chaos ein Stückchen Normalität. Angesichts des aus den Gleisen geratenen Alltags erwies sich die Hoffnung auf eine Normalität, die sowohl von den angestammten Einwohnern wie auch von den in großer Zahl zuströmenden Flüchtlingen und Vertriebenen am ehesten an der Vorkriegszeit gemessen wurde, als stabilisierendes und moti-

⁵¹ Hier gab es wohl auch eine verhältnismäßig positive Erwartungshaltung, denn je größer das Interesse der SMA an der Produktion eines Betriebes war, desto sicherer schien der Erhalt der Arbeitsplätze. Auch der SMA-Befehl Nr. 9 über die sofortige Wiederaufnahme der industriellen Produktion in der SBZ (21. 7. 1945) dürfte so interpretiert worden sein.

⁵² BLHA, Pr. Br., Rep. 75, BRABAG Werk Schwarzheide: *M. Krause*, Einleitung zum Findbuch, unpag.

⁵³ Siehe die Verordnung über die Errichtung wirtschaftlicher Pflichtgemeinschaften in der Braunkohlenwirtschaft, in: Reichsgesetzblatt I, Nr. 110/1934, S. 863f.

⁵⁴ BLHA, Pr. Br., Rep. 75, BRABAG-Werk Schwarzheide Nr. 37: Gefolgschaftsstärke Werk Schwarzheide. Ausarbeitung des Büros Kolmar, 27. 8. 1941, S. 2.

⁵⁵ BLHA, Rep. 903, Synthesewerk Schwarzheide, Zugangsnr. 259: Beitrag zur Betriebsgeschichte des VEB Synthesewerk Schwarzheide 1945–1949. (*W. Schwerdtfeger*), S. 5.

⁵⁶ BLHA, Pr. Br., Rep. 75, BRABAG Werk Schwarzheide, Nr. 89: Hauptkennzahlen des Treibstoffwerkes der Braunkohle-Benzin A.G. Berlin C2, Schinkelplatz 1–2, Werk Schwarzheide über Ruhland/Lausitz, Schwarzheide, 23. 5. 1945.

vierendes Moment. Ging es ersteren vor allem um das Wiedereinrichten in gewohnte Lebenszusammenhänge, war letzteren die Rückkehr in die östlich von Oder und Neiße gelegenen Heimatorte das Hauptziel. Unverkennbar galt die „Normalität“ der Vorkriegszeit in einer entnazifizierten Version als ein Orientierungsrahmen. Die Akten der Landratsämter geben hierüber deutliche Auskunft.⁵⁷

In den ersten Wochen der Besatzungszeit wurde es für die Bewohner Schwarzheides zu einer Existenzfrage, sich der zahlreichen Übergriffe sowjetischer Militärangehöriger zu erwehren. Bereits hier spielte die im Kriege gewonnene Erfahrung eine Rolle, daß das NS-Regime sich mit Repressionen zurückhielt, wenn es auf die Arbeitsleistung der Betroffenen nicht verzichten konnte. Genau diese Konstellation trat in Schwarzheide ein: Wenn die Besatzungsmacht wollte, daß im Werk gearbeitet werde, müsse sie für die Sicherheit der Arbeiter, besonders aber der Arbeiterinnen, sorgen. Das war der Tenor von Beschwerden und Mitteilungen des zuständigen Landratsamtes in Calau.⁵⁸

Tatsächlich zeigte sich die SMAD an dem Werk so interessiert, daß sie es nicht nur als „Beutebetrieb“ betrachtete, sondern auch für eine äußere Beruhigung der Lage sorgte, um Wiederherstellungsarbeiten zu beschleunigen und die Benzinproduktion bald anfahren zu können und möglichst schnell zu steigern, woran auch nachträgliche Teildemontagen wenig änderten.⁵⁹ Unter Einsatz von ca. 3 500 deutschen Beschäftigten, denen eine ebenfalls deutsche Werkleitung unter Führung des bisherigen technischen Direktors vorstand, und mit fast 800 Arbeitskräften aus Fremdfirmen kam der Wiederaufbau „unter weitgehender Umgehung der alliierten Festlegungen zum Produktionsverbot der deutschen Hydrierwerke“⁶⁰ zügig voran. Bis 1953 stieg die Kapazität des seit 1946 als SAG-Betrieb produzierenden Werkes um mehr als das Fünffache.⁶¹

Gewiß ist die Spezifik der Besatzungszeit im allgemeinen und die des SAG-Betriebes im besonderen nicht zu unterschätzen. Doch zeigte sich auch, daß starke Kontinuitätslinien das Betriebsgeschehen durchzogen: So erwies sich der Befehl Nr. 1 des Werkskommandanten vom 26. Mai 1945 als die Neuauflage des bisherigen Betriebsregimes. Selbst die Einführung der Moskauer Zeit („doppelte Sommerzeit“) wurde darin durch einen um zwei Stunden späteren Arbeitsbeginn kompensiert.⁶²

Solche eher äußerlichen und symbolhaften Kontinuitäten dürften jedoch nicht unerheblich zu einer psychischen und mentalen Stabilisierung der Beschäftigten beigetragen haben. Wie schon im Kriege erschien das Werk auch in der Nachkriegsnot als eine, wenngleich sehr relative, Schutzzone, an die man sich halten konnte.

⁵⁷ Für die Projektarbeit wurden die Unterlagen der Landratsämter Calau-Senftenberg, Guben-Frankfurt/Oder und Cottbus herangezogen: BLHA, Ld. Br., Rep. 250.

⁵⁸ Vgl. die Berichte des zuständigen Landratsamtes Calau/ Senftenberg vom Sommer 1945, in: BLHA, Ld. Br., Rep. 250 Landratsamt Calau/ Senftenberg.

⁵⁹ Für die Demontage wurde ein Anlagewert von 12,8 Mio RM bzw. der Kapazitätsverlust mit rund einem Drittel angegeben. BLHA, Pr. Br., Rep. 903, Synthesewerk Schwarzheide, Zugangsnr. 259: Beitrag zur Betriebsgeschichte des VEB Synthesewerk Schwarzheide 1945–1949, S. 5.

⁶⁰ R. Karlsch, Der Traum vom Öl – zu den Hintergründen der Erdölsuche in der DDR, in: VSWG, 80, 1993, S. 67.

⁶¹ BLHA, Rep. 903, Synthesewerk Schwarzheide, Zugangsnr. 286: Teilentwurf zur Betriebsgeschichte, unpag.

⁶² Befehl Nr. 1 des Werkskommandanten Schwarzheide, 26. 5. 1945, enthalten in: BLHA, Rep. 903, Synthesewerk Schwarzheide, Zugangsnr. 259: Beitrag zur Betriebsgeschichte, S. 7f.

Auch die SMA-Offiziere und SAG-Führungskräfte sahen sich mit einer Situation konfrontiert, die stark an jene erinnerte, unter der BRABAG-Manager handelten: In beiden Fällen bestand ihre Hauptaufgabe darin, eine maximale Treibstoffherzeugung zu sichern und die physische Leistungsfähigkeit des Personals zu erhalten. Beide operierten mit leistungsorientierten Prämiensystemen und entwickelten – immer unter dem Leistungsgesichtspunkt – einen nur leicht braun oder rot touchierten Betriebsegoismus. Die BRABAG versuchte besonders die Fachkräfte ebenso mit sozialen Zusatzleistungen (Prämien, Lohn, Urlaub, Werkwohnungen) zu halten und zu stimulieren,⁶³ wie es später auch die SAG-Leitung tat.⁶⁴

Auch wenn sich aus dem Betriebsgeschehen Sachzwänge herleiteten, die politische Systemunterschiede überbrückten, läßt sich doch nicht ohne weiteres feststellen, ob und inwieweit besonders die deutschen Führungskräfte bewußt und komparativ abwägend an bisherige Leitungspraktiken anknüpften. Immerhin wäre das bei der beachtenswerten Personalstabilität des Werkes wenig verwunderlich, zumal die sowjetischen Verantwortlichen zuerst nach Fachkompetenz fragten und erst in zweiter Linie NS-Belastungen in Betracht zogen.⁶⁵

Wichen schon wesentliche Interessenlagen der Betriebsführungen vor und nach 1945 wenig voneinander ab, wobei fast identische Produktionsziele den Fluchtpunkt bildeten, artikulierten auch die Arbeiter des Werkes Interessen, die in diesem Kontext blieben. Soweit am Beispiel Schwarzheide zu erkennen ist, spielte hierbei jenes Arbeitsethos eine Rolle, das von den Nationalsozialisten zwar instrumentalisiert worden war, dessen Wurzeln aber in der Hochindustrialisierungsperiode des Kaiserreiches zu suchen sind. Vieles spricht für Joan Campbells Feststellung: „One thing that can be said with certainty is that 1945 did not represent a major break in the German tradition with respect to work. The German work ethic survived the Hitler years and proved its worth in the chaotic postwar world; to this day, although there is widespread concern that the Arbeitsethik has finally been lost, Germans live up to their erstwhile reputation as diligent producers of quality work.“⁶⁶

Tradition und industrielle Handlungszwänge konstituierten in Schwarzheide den Rahmen, der die Unterschiede von NS- und SAG-Erfahrungen der Arbeiter zwar nicht aufhob, aber doch die Vergleichbarkeit von Entscheidungssituationen bestätigte. Es verwundert deshalb kaum, wenn eingeebte Verhaltensmuster – sicher situationsbedingt modifiziert – nach 1945 erneut in Erscheinung traten. Dabei wurde eine komparative Situationsbewertung nahezu unverzichtbar.

Das mochte auf jene Situation zutreffen, die sich 1948 in der SBZ ergab, als ein Leistungslohn-System installiert werden sollte.⁶⁷ Bei ähnlichem Anlaß hatten die Verantwortlichen der

⁶³ Hiervon vermittelt einen guten Eindruck: BLHA, Pr. Br., Rep. 75, BRABAG-Werk Schwarzheide Nr. 37: Gefolgschaftsstärke Werk Schwarzheide. Ausarbeitung des Büros Kolmar, 27. 8. 1941. Siehe auch BLHA, Pr. Br., Rep. 75, BRABAG-Werk Schwarzheide 89: Wirtschaftsbericht für den Kameradschaftshausbetrieb 1940; Nr. 67: Werkwohnungen und Kleinsiedlerstellen, Werk Schwarzheide IV/1944; Tätigkeitsberichte der Gefolgschaftsabteilung.

⁶⁴ Sehr aussagefähig dazu: BLHA, Rep. 903, Synthesewerk Schwarzheide Nr. 242: Protokolle der Betriebsratssitzungen 1946–1949; Nr. 241: Rechenschaftsberichte des Betriebsrates 1947–1951.

⁶⁵ Vgl. BLHA, Rep. 903, Synthesewerk Schwarzheide, Zugangsnr. 250: Protokoll der Betriebs-Funktionärssitzung vom 4. 1. 1948.

⁶⁶ J. Campbell, Joy in Work. The National Debate, 1800–1945, Princeton, N. Y. 1989, S. 378.

⁶⁷ Dazu J. Roesler, Vom Akkordlohn zum Leistungslohn. Zu den Traditionen des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse und zur Einführung des Leistungslohnes in der volkseigenen Wirtschaft der DDR 1948 bis 1950, in: ZfG 32, 1984, S. 778–795.

BRABAG im Jahre 1941 festgestellt, daß sich die Arbeiter förmlich um ihre Eingruppierung in ein neues Akkord-Prämiensystem drängten, während die „Nichtakkordler“, die keinen Nachweis für Mehrarbeit erbringen konnten, sich benachteiligt fühlten.⁶⁸ Es ging dabei nicht allein um Lohn, denn qualifizierte Arbeit verbesserte immerhin auch die Chancen einer uk-Stellung.

In der SBZ hingegen schien die Leistungslohn-Debatte in die Gegenrichtung zu laufen. Die Einführung von Leistungslöhnen in der Industrie stieß auf massive Widerstände, die sich bei dem Versuch, sie mit Hilfe einer nach sowjetischem Vorbild aufgezogenen Aktivistenbewegung zu überwinden, eher noch verstärkten.⁶⁹ Auch das Werk Schwarzheide machte dabei keine Ausnahme, wobei hier wie andernorts die Ablehnung des Leistungslohnes nur z. T. durch die unzureichenden Voraussetzungen (vor allem Energie- und Rohstoffmangel, Unterernährung, fehlende Arbeitskleidung und Arbeitsschutzmittel) begründet wurde. Zurückhaltung gab es auch, weil der Vorwurf der Normendrückerei nahelag. Teilweise steckte auch politisches Resistenzverhalten dahinter: So vermerkten Gewerkschaftsfunktionäre 1951, daß ein Teil der Belegschaft „noch sehr stark der gegnerischen Propaganda erlegen“⁷⁰ sei. Leistungslohn, noch als Akkordlohn bezeichnet, wurde – nachdem im Betrieb „keine Auswirkungen der Akkordarbeit“ zu verzeichnen waren, zuerst den Betriebshandwerkern am 1. April 1948 zwangsweise verordnet.⁷¹ Ein Teil der Belegschaft wich dem durch „sehr große Fluktuation“⁷² aus.

Dieser Widerspruch im Verhalten der Arbeiter vor und nach 1945 erklärt sich teilweise als Reaktion auf die schlechten Arbeits- und Betriebsbedingungen: Seit Inbetriebnahme der ersten Anlagen hatte es keine Generalreparatur gegeben.⁷³ Nach Lage der Dinge waren, anders als bei der BRABAG-Regelung, Lohnminderungen im Akkord kaum zu vermeiden. Der Verhaltensunterschied machte im Grunde auf eine weitgehend identische, nämlich am Lohn orientierte Motivstruktur aufmerksam, die ohne komparative Elemente kaum denkbar war. Zugleich aber dürften bei der Ablehnung des von der sowjetischen SAG-Leitung und der SED favorisierten Leistungslohnes auch politische Vorbehalte eine Rolle gespielt haben. Argumente der NS-Propaganda wirkten teilweise fort und wurden durch die Praktiken von SMA und SED zumindest punktuell noch bedient.

Um so erstaunlicher muß anmuten, daß in dieser Zeit immer wieder von herausragender Einsatzbereitschaft zumindest eines Teiles der Beschäftigten die Rede war.⁷⁴ Näher betrachtet, werden hierbei Reaktionen auf zusätzliche Versorgungsleistungen erkennbar, die durch die Werkleitung auch unter Nutzung verbotener Kompensationsgeschäfte mit Benzin er-

⁶⁸ BLHA, Pr. Br. Rep. 75, BRABAG-Werk Schwarzheide Nr. 37: Gefolgschaftsstärke Werk Schwarzheide. Ausarbeitung des Büros Kolmar, 27. 8. 1941, S. 15.

⁶⁹ Dazu J. Roesler, Akkordlohn; siehe auch K. Ewers, Aktivisten in Aktion. Adolf Hennecke und der Beginn der Aktivistenbewegung 1948/49, in: DA 14, 1981, S. 947–970.

⁷⁰ BLHA, Rep. 903, Synthesewerk Schwarzheide, Zugangsnr. 241: Rechenschaftsbericht der BGL für I/1951, 21. 4. 1951, S. 4.

⁷¹ BLHA, Rep. 903, Synthesewerk Schwarzheide, Zugangsnr. 242, Bl. 75: Protokoll der Betriebsratssitzung vom 31. 3. 1948.

⁷² BLHA, Rep. 903, Synthesewerk Schwarzheide, Zugangsnr. 241: Rechenschaftsbericht für III/1949, 4. 10. 1949, S. 3.

⁷³ Vgl. BLHA, Rep. 903, Synthesewerk Schwarzheide, Zugangsnr. 242, Bl. 76: Protokoll der Betriebsratssitzung vom 1. 4. 1947.

⁷⁴ Vgl. BLHA, Rep. 903, Synthesewerk Schwarzheide, Zugangsnr. 259: Beitrag zur Betriebsgeschichte, S. 46; Zugangsnr. 241: Rechenschaftsbericht des Betriebsrates vom 1. 1.–21. 5. 1948, S. 2.

möglicht wurden. Allein vom Januar bis Mai 1948 entfielen solche Leistungen im Werte von ca. 200 RM auf jeden Beschäftigten. Dabei handelte es sich u. a. um Saatkartoffeln, Schuhe, Textilien, Tabak, Seife, Schnaps.⁷⁵

Sicher ging es hierbei primär um Maßnahmen zur physischen Leistungsstabilisierung besonders der Arbeiter. Doch bleibt nach der „Meßplatte“ zu fragen. Sicher gab es Bemühungen, soziale Leistungen als produktionsorientierte Stimulanz zu standardisieren, sie also meßbar und vergleichbar zu machen. Ein Beispiel hierfür bot der SMA-Befehl Nr. 234 vom Oktober 1947.⁷⁶ Seine Ergebnisse wurden gerade in größeren Industriebetrieben als Verbesserung wahrgenommen. Doch finden sich in den Quellen auch Spuren einer anderen Projektionsfläche, auf der die soziale Lage – nicht nur der Arbeiter – in einem relativeren Licht erschien und die allein durch ihre Existenz wie eine ständige Herausforderung an die Wirtschafts- und Sozialpolitik von SMA und SED wirkte: der Betrieb in der NS-Zeit.

Ungewöhnlich schien das nicht, knüpfte doch die SED selbst wiederholt an der Zielmarke „Vorkriegsstand“⁷⁷ an. Da war es zumindest für die Stammebelegschaft des Werkes naheliegend, die Nachkriegsentwicklung in Schwarzheide an den in recht günstigem Licht erscheinenden Jahren 1936–42 zu messen. Belege für eine solche Sicht liefern Berichte des zuständigen Landratsamtes Calau/Senftenberg aus den Wohnsiedlungen des Werkes, aus dem Hydrierwerk selbst, aber auch aus anderen Betrieben. Die SED-Ortsgruppe Lauta-Werk kritisierte im Mai 1947 z. B.: „Was die antifaschistischen Parteien und die Verwaltungsstellen nach dem Zusammenbruch geleistet haben, will man nicht sehen und auch nichts davon hören.“⁷⁸

Im Werk Schwarzheide selber muß solche Komparatistik zeitweise recht deutlich geworden sein: Als z. B. die Werkleitung Ende 1947 bekanntgab, daß ein bisher bezahlter Sonderurlaub von 6 Tagen für besondere Arbeitsleistungen nunmehr nur noch unentgeltlich gewährt werden könne, konterte der Betriebsrat mit dem Argument, er sehe sich „veranlaßt, nachzuforschen, inwieweit vor dem Zusammenbruch Erholungsurlaub gewährt wurde. Die Mitteilung der Lohnbuchhaltung ergibt, daß vor 1945 Sonderurlaub zur Wiederherstellung der Gesundheit gewährt wurde. Die Belegschaftsmitglieder erhielten außerdem ein tägliches Taschengeld von RM 1,-. Die Kur wurde von der DAF und Inv.- bzw. Angestelltenversicherung finanziert. Inwieweit wir diese Angaben z. Z. für uns benutzen können, um die Bezahlung des Sonderurlaubs weiterhin durchzuführen, bitten wir die Direktion zu prüfen.“⁷⁹

Unübersehbar ist hier der Versuch, den Vergleich sozialpolitisch produktiv zu machen, wenn sich auch die SMA-Seite auf diesem Gebiet wenig zugänglich zeigte. Ein Beispiel dafür war ebenfalls der unbezahlte Hausarbeitstag, der auf Anordnung des Reichsarbeitsministers vom 1. 11. 1943 allen Frauen 14tägig gewährt wurde, die mindestens 48 Wochenstunden in der Industrie arbeiteten, einen eigenen Hausstand und mindestens ein Kind unter 14 Jahren

⁷⁵ Siehe ebenda, S. 5f.

⁷⁶ SMA-Befehl Nr. 234 „Über Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten in der Industrie und des Verkehrswesens“, in: Zur Sozialpolitik in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945–1949. Dokumente und Materialien, Berlin 1984, S. 191–199.

⁷⁷ So wurde die „Wiederherstellung der Friedenswirtschaft“ als Hauptaufgabe des Zweijahrplanes 1949/50 bezeichnet. Vgl. Protokoll der Ersten Parteikonferenz der SED, Berlin 1949, S. 191.

⁷⁸ BLHA, Ld.Br., Rep. 250, Landratsamt Calau/Senftenberg Nr. 316: Stimmungsbericht der SED-Ortsgruppe Lautawerk, 16. 5. 1947.

⁷⁹ BLHA, Rep. 903, Synthesewerk Schwarzheide, Zugangsnr. 242, Bl. 43: Protokoll der Betriebsrats-sitzung vom 23. 12. 1947.

zu versorgen hatten.⁸⁰ Als NS-Erbe schien diese Praxis den Besatzungsbehörden wenig akzeptabel. Dennoch war der durch die rasch zunehmende Frauenarbeit erzeugte Druck offenbar so stark, daß die SMA in ihrem Befehl Nr. 234 vergleichbare Möglichkeiten einräumen mußte.⁸¹ Bezeichnenderweise kam es in der SBZ zu keiner einheitlichen Regelung. Der NS-Hausarbeitstag mutierte zu Wasch-, Behörden- und Sonderurlaubstagen.⁸²

Auch im Werk Schwarzheide war das Beharren der Arbeiterinnen auf einem Hausarbeitstag Gegenstand jahrelanger Auseinandersetzungen zwischen der deutschen Werkleitung und der sowjetischen Generaldirektion,⁸³ die zwar in der Sache nachgab, aber – um dem peinlichen Vergleich mit der NS-Regelung zu entgehen – bis zur Übergabe des Werkes Schwarzheide an die DDR Ende 1953 darauf bestand, den Hausarbeitstag im Tarifierurlaub regelrecht zu verstecken; 1953 mußte er auf Weisung der Generaldirektion als persönlicher Sonderurlaub ausgewiesen werden.⁸⁴ Der SMA erschien die ganze Angelegenheit offenbar – gerade wegen des immanenten komparativen Aspekts – viel delikater als etwa der SED, die hierbei pragmatischer wirkte und der daran gelegen sein mußte, in der Sozialpolitik nicht hinter gewisse NS-Regelungen von hoher Akzeptanz zurückzufallen.⁸⁵

Zwar ist weder den sozialpolitischen Entscheidungen der SMA noch der SED eine in kommunistischer und z. T. wohl auch noch in sozialdemokratischer Tradition wurzelnde – relative – Eigenständigkeit abzusprechen, doch lange Zeit sahen sie sich an der NS-Sozialpolitik und an den betrieblichen Sozialleistungen der NS-Zeit gemessen. Was hier grob konturiert über das Synthesewerk Schwarzheide zu sagen ist, findet Entsprechungen in der gesamten Wirtschaft der SBZ und der frühen DDR.

Soweit die herangezogenen Quellen erkennen lassen, erhielt der von Arbeitern aus der SBZ-Perspektive vergleichend auf die NS-Zeit zurückgerichtete Blick seine praktische Relevanz erst durch eine schmale Schicht basisnaher und noch von der Weimarer Republik geprägter Gewerkschaftsfunktionäre und durch Mitarbeiter der lokalen Verwaltungen. Sie trugen die Argumente zusammen, verdichteten sie zu Berichten an die Besatzungsbehörden oder auch an SED-Stellen und betrieben so eine nicht ganz unwirksame Interessenvertretung auch der Arbeiterschaft. Exemplarisch hierfür war etwa das Auftreten des Landrates Freter aus Calau, eines ehemals sozialdemokratischen Kommunalbeamten (seit 1946 SED-Mitglied), in der sowjetischen Kreiskommandantur.⁸⁶

⁸⁰ Siehe R. Hachtmann, *Industriearbeit im „Dritten Reich“*, Göttingen 1989, S. 276.

⁸¹ Ausführlich dazu K. Menzel, *Zur Geschichte des Hausarbeitstages und seiner Stellung im System der Frauenförderung*, Diss. Berlin 1987.

⁸² Vgl. G. Winkler (Hg.), *Geschichte der Sozialpolitik der DDR 1945–1985*, Berlin 1989, S. 65.

⁸³ BLHA, Rep. 903, Synthesewerk Schwarzheide, Zugangsnr. 311: Protokoll der Betriebsratssitzung vom 9. 9. 1948.

⁸⁴ BLHA, Rep. 903, Synthesewerk Schwarzheide, Zugangsnr. 261: Arbeitsorganisation und Ausnutzung der Arbeitszeit, undat., ungez.

⁸⁵ So die Forderung nach einem bezahlten Hausarbeitstag für Frauen mit eigenem Hausstand in den Sozialpolitischen Richtlinien der SED vom 30. 12. 1946, in: *Dokumente der SED*, Bd. 1, Berlin 1951, S. 140.

⁸⁶ Vgl. u. a. BLHA, Ld. Br., Rep. 250, Landratsamt Calau/ Senftenberg Nr. 95, Bl. 246–260: Niederschrift über die Sitzung am 24. 12. 1948 bei der Kreis-Kommandantur Calau in Senftenberg.

Fallbeispiel 2: „Wahrheitsgemäßer Stimmungsbericht“ oder: Erste Erfahrungen mit der zweiten Diktatur

Das NS-Gefolgschaftsmodell diente zwar primär der Herrschaftssicherung von Unternehmensleitungen und der Durchsetzung des „Führerprinzips“⁸⁷, es bot aber auch eine gewisse Schutzfunktion. Nicht selten dürften dabei ältere patriarchalische Beziehungen zwischen Belegschaft und „Betriebsführer“ transformiert worden sein. So ist etwa am Beispiel einer Gubener Tuchfabrik zu zeigen, daß sich solche Schutzfunktionen auf finanzielle Unterstützung von Mitarbeitern, möglichst langes Freihalten von Einberufungen zur Wehrmacht und ein Abschriften der „Gefolgschaftsmitglieder“ gegen Denunziationsversuche erstrecken konnten.⁸⁸

Solche Erfahrungen mögen dazu beigetragen haben, daß Arbeiter auch in der SBZ und der DDR an ihrer Arbeitsstelle mitunter erstaunlich offen heftige Kritik an den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen äußerten, während sie sich in der Öffentlichkeit eher zurückhielten und einen verschlossenen bis resignierten Eindruck erweckten.⁸⁹ Daran dürften das repressive Vorgehen der Besatzungsmacht, das die Bevölkerung „dauernd in Unruhe“⁹⁰ hielt, wie auch die rigide Entnazifizierung⁹¹ einen großen Anteil gehabt haben.

Die Bevölkerung litt darunter in unterschiedlichem Maße, wobei auch Arbeiter in der SBZ erneut die Erfahrung von Terror, Entrechtung und diktatorischer Fremdbestimmung machen mußten. Ein Vergleich mit der NS-Diktatur erschien deshalb nicht nur naheliegend, er wurde auch – was angesichts der bestehenden Rechtsunsicherheit riskant war – artikuliert: So vermerkte z. B. ein „Wahrheitsgemäßer Stimmungsbericht im Publikum betreffs Ausgang der Wahlen“, der am 9. 11. 1946 im Landratsamt Guben einging, viele Frauen hätten bei den Kreis- und Landtagswahlen nicht die SED gewählt. Als Argument sei vorgetragen worden: „Die S.E.D. unterstützt die Politik der Russen und das russische System ist genau so diktatorisch wie es das Nazi-System war.“⁹² Außerdem habe ein Gespräch des Berichterstatters mit mehreren Männern folgendes ergeben: „Wir wollen keine Diktatur mehr, wir wollen keinen Kadavergehorsam mehr, wir wollen auch keinen Krieg mehr, aber wir wollen auch keine russische Politik in Deutschland.“⁹³

⁸⁷ Zur ambivalenten Funktion dieses Modells siehe *Hachtmann*, a. a. O. S. 296.

⁸⁸ Hierzu der Bestand BLHA, Ld. Br., Rep. 75, Fa. C. Lehmann's Witwe & Sohn, Guben. Siehe auch *C. Sachse u. a.*, *Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung. Herrschaftsmechanismen im Nationalsozialismus*, Opladen 1982; siehe auch *R. Zitelmann*: *Adolf Hitler. Eine politische Biographie*, Göttingen 1989, S. 121.

⁸⁹ Siehe dazu die Berichte der Bürgermeister und Gemeindevorsteher aus dem Jahre 1948, in: BLHA, Ld. Br., Rep. 250, Landratsamt Cottbus Nr. 729 und 730.

⁹⁰ BLHA, Ld. Br., Rep. 250, Landratsamt Calau/Senftenberg Nr. 1, Bl. 7: Brief des Landrates an die Abt. Inneres der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, 25. 4. 1947.

⁹¹ Die Entnazifizierungskommissionen im Braunkohlenrevier verhängten über als belastet eingestufte Personen außer Berufsverboten vielfach auch die Auflage, Schwerstarbeit in den Gleisbaubetrieben der Tagebaue aufzunehmen. Vgl. u. a. BLHA, Ld. Br., Rep. 250, Landratsamt Guben-Frankfurt/Oder Nr. 116: Bericht über die Entnazifizierung im Stadtgebiet Guben, undat., ungez. [wahrscheinl. April 1948 – P. H.].

⁹² BLHA, Ld. Br., Rep. 250, Landratsamt Guben – Frankfurt/Oder Nr. 82, Bl. 58: Wahrheitsgemäßer Stimmungsbericht im Publikum betreffs Ausgang der Wahlen, undat. [Über den Verf. des namentlich gezeichneten Textes finden sich keine weiteren Angaben. Der Name wird hier aus Datenschutz-Gründen nicht mitgeteilt – P. H.]

⁹³ Ebenda, Bl. 58/RS.

Ohne diese Argumente hier ausführlich analysieren zu können, fällt ein beachtenswerter Umstand auf: Dem erwähnten „wahrheitsgemäßen Stimmungsbericht“ zufolge handelte es sich bei den zitierten Meinungsäußerungen zwar um Grundsatzpositionen, doch folgte ihnen ein weit umfangreicherer Schwall von Beschwerden über die schlechte Lebenslage und mehr noch über evidente Ungerechtigkeiten bei der Verteilung des Mangels. Nicht unwichtig erscheint die im Schlußteil des Berichtes wiedergegebene Stimme des „Publikums“: Die Russen sollten eineinhalb Jahre nach Kriegsende endlich zeigen, „daß man gewillt ist, das deutsche Volk so zu behandeln, wie man es, wenn man es zum guten Freunde haben will, behandeln müßte“.⁹⁴

Was in diesem Beispiel nur ganz vage anklang, war die latente Bereitschaft, sich mit dem neuen System zu arrangieren, dem man jedoch ebensolche diktatorischen Eigenschaften zuschrieb, wie man sie am Nationalsozialismus nunmehr als negativ befand. Nur vor diesem Hintergrund wird das zuvor exemplarisch erwähnte Arbeitsengagement nennenswerter Teile der Belegschaft des Synthesewerkes Schwarzheide verständlich. Doch solch eine im gesamten Niederlausitzer Untersuchungsraum anzutreffende Erscheinung basierte wesentlich auf einer Art betriebsinterner Handelspolitik: Arbeitsleistung gegen Geld- oder Sachleistungszuschläge.

Davon blieb die ablehnende Haltung vieler Arbeiter gegenüber der politischen Entwicklung weitgehend unbeeinflusst. Daß die sich immer deutlicher abzeichnende neue Diktatur über die Bevölkerung der SBZ kam wie zuvor die militärische Besetzung, gab ihr nicht ohne Grund das fragwürdige Flair eines ungewollten Imports. Insofern war die in der Arbeiterschaft anzutreffende kritische Tendenz auch deshalb bemerkenswert, weil die SED gerade im industrialisierten westlichen und südlichen Teil der Region an vormals starke KPD-Positionen anknüpfen konnte,⁹⁵ was ihr bei den Landtagswahlen 1946 in den Industriekreisen der Provinz Brandenburg noch zu einer absoluten Mehrheit verhalf, während sie in Brandenburg insgesamt mit 43,9 % der Stimmen deutlich schwächer abschnitt.⁹⁶

Auch wenn daraus gefolgert werden kann, daß die Affinität der Industriearbeiterschaft gegenüber dem sozialistischen Gesellschaftsprojekt, wie es die SED propagierte, nicht abrupt nachließ, ist doch zu beobachten, daß die Besatzungspraxis und das Vorgehen der SED auf weite Kreise auch der Arbeiterschaft abstoßend wirkten, die NS-Propaganda für manche im Nachhinein bestätigte oder – wohl als die häufigere Variante – einen Vergleich mit dem NS-Regime herausforderten.

Dazu trug nicht zuletzt die Art und Weise der Arbeitskräftegewinnung für den von der sowjetischen Besatzungsmacht im Vogtland und im Erzgebirge in wenigen Jahren groß aufgezogenen Uran-Erzbergbau⁹⁷ bei, in dem zwischen 1946 und 1952/53 (einschließlich der Fluktuation) schätzungsweise 500 000 Menschen beschäftigt waren.

Anfangs handelte es sich in größerem Umfang um Zwangseinweisungen von Personen,

⁹⁴ Ebenda.

⁹⁵ Noch im März 1933 kam z. B. im Wahlkreis Potsdam II die KPD auf 17,8 % der Wählerstimmen (NSDAP 38,2 %, SPD 20,6 %). Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 52, 1933, Berlin 1933, S. 540.

⁹⁶ Statistisches Jahrbuch der DDR 1955, Berlin 1956, S. 87.

⁹⁷ Um 1950 dürfte die Wismut im Jahresdurchschnitt 250 000 Menschen beschäftigt haben, darunter einen großen Teil mit befristeten Verträgen. Vgl. W. Krause, Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der DDR, Berlin 1958, S. 103; DDR-Handbuch, Bd. 2, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Köln ³1985, S. 1399.

denen ihre NS-Vergangenheit vorgeworfen wurde. Ende der 1940er Jahre hatte sich dann eine Kombination aus Werbung für freiwillige Verpflichtungen und einer Art Dienstverpflichtungen herausgebildet, die unübersehbar Ähnlichkeiten mit der NS-Arbeitseinsatzpolitik aufwies. Inwieweit Arbeiter diesen Bezug reflektierten, läßt sich aus den Quellen kaum direkt, wohl aber indirekt erschließen: über das Verhalten, die Abwehrreaktionen, die Gegen- und Schutzargumente jener Arbeiter, denen ein unfreiwilliger Arbeitseinsatz drohte. Hier zeigte sich mitunter bis in Details hinein eine Ähnlichkeit mit dem Ausweichen vor den NS-Arbeitseinsätzen.⁹⁸

Die Anforderung von Arbeitskräften durch die Wismut leiteten die Arbeitsämter als Auflagen an die Betriebe weiter. Diese waren gehalten, solchen Auflagen nachzukommen, unabhängig davon, ob sie diese Arbeiter entbehren konnten. Die dem Uranbergbau zugewiesenen Arbeitskräfte wurden z. T. durch das Versprechen hoher Löhne geworben, z. T. nötigte man sie unter Androhung der Kündigung zu einem Arbeitsvertrag mit der Wismut. Nach ihrer Meldung in der zentralen Anlaufstelle in Chemnitz (ab 1953 Karl-Marx-Stadt) erfolgte die Verteilung der Neueingestellten auf die einzelnen Schacht- und Aufbereitungsanlagen. Personalpapiere wurden einbehalten; zur Unterbringung dienten zumeist Barackenlager; die Bezahlung entsprach in den seltensten Fällen den Versprechungen.⁹⁹ Bei Arbeitsverweigerungen oder Flucht aus den Arbeitslagern kam es in einem quantitativ z. Z. nicht bestimmbar Umfang auch zu Verhaftungen.¹⁰⁰

Der ganze Vorgang trug offenkundig repressive Züge und glich in vielen Einzelheiten nationalsozialistischen Arbeitseinsatzpraktiken.¹⁰¹ Wie die untersuchten Fälle aus dem Lausitzer Raum zeigen, muß es ein angesichts der bestehenden Rechtsunsicherheit erhebliches Ausmaß von Resistenz gegeben haben. Diese nährte sich aus den gleichen Abwehrargumenten, wie sie gegen NS-Dienstverpflichtungen und Einberufungen vorgetragen worden waren: Unabkömmlichkeit im Betrieb, Bindung an Eigenheime oder Werkswohnungen und vielfach auch an landwirtschaftliche Nebenerwerbsstellen sowie gesundheitliche Mängel. Auf solche Schwierigkeiten verwiesen die zuständigen Referate Arbeitskräftelenkung der Räte der Kreise wiederholt. Besonders Frauen widersetzten sich dem Wismut-Einsatz ihrer Männer.¹⁰²

Die Methoden dieser pragmatischen Resistenz zeugen davon, daß die Art und Weise der Pressionen zumindest im Falle der Wismut von den Betroffenen mit denen des nationalsozialistischen Arbeitskräfteeinsatzes verglichen wurden. Kennzeichnend für das Verhalten von Arbeitern bei solchen staatlichen Zugriffen auf die eigene Person war, daß man defensiv und individuell auf von außen Drohendes reagierte. Dabei ging es vordergründig nicht um eine politische Auseinandersetzung, vielmehr standen soziale Besitzstandswahrung und Festhal-

⁹⁸ Die folgenden Angaben beruhen auf Arbeitsamtunterlagen des größten brandenburgischen Industriekreises Calau/Senftenberg. Siehe dazu den Bestand BLHA, Ld. Br., Rep. 250, Landratsamt Calau/Senftenberg.

⁹⁹ Unterlagen hierzu u. a. in BLHA, Bez. Ctb., Rep. 801, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Cottbus Nr. 180.

¹⁰⁰ BLHA, Ld. Br., Rep. 250, Landratsamt Calau/Senftenberg Nr. 114, Bl. 3: Tagesmeldungen Kreispolizei Calau. Sitz Senftenberg, Abt. Hauptgeschäftsstelle, 20. 5. 1949.

¹⁰¹ Vgl. *Hachtmann*, a. a. O., S. 47.

¹⁰² Vgl. BLHA, Bez. Ctb., Rep. 801, Bezirkstag und Rat des Bezirkes Cottbus Nr. 180: Schreiben der Abteilung Arbeit und Berufsausbildung des Rates des Kreises Spremberg vom 2. 1. 1952 und des Referates Arbeitskräftelenkung des Rates des Kreises Forst vom 3. 1. 1953 an den Rat des Bezirkes Cottbus.

ten an verschiedensten lokalen Bindungen im Vordergrund. Ein widerständiger Solidarzusammenhalt der Arbeiterschaft, wie er etwa in Norm- und Lohnfragen anzutreffen war, ist im Verhalten gegenüber den Wismut-Werbern kaum wahrzunehmen, was insofern auch nicht verwundern kann, weil die geschilderten Zugriffe immer nur kleine Gruppen von Betriebsangehörigen betrafen und so auch Entsolidarisierung förderten. Gleichwohl – unter den gegebenen Umständen der sich entwickelnden Diktatur – hatten sogar Abwehrmaßnahmen dieser Art eine politische Qualität. Auch hierin zeigten sich Parallelitäten zum Dritten Reich.

Ausblick

Diktaturenvergleich im hier problematisierten Sinne blieb Angelegenheit jener Generation, die den Nationalsozialismus erlebt hatte. Sie fand in SBZ und DDR – nicht in jedem Falle, aber doch häufig genug – Konstellationen vor, auf die Handlungsmuster paßten, wie man sie in der Zeit der NS-Diktatur erworben hatte. Immer ging es dabei, und davon war auch die Mehrheit der NSDAP- und der SED-Mitglieder nicht ausgenommen, um die Wahrung bzw. Durchsetzung von individuellen oder Gruppeninteressen. Gegen deren Geschichtsmächtigkeit aber kamen beide Diktaturen in Deutschland nicht an.

Im Projekt „Sozialgeschichte der Niederlausitzer Industriearbeiterschaft“ soll dieser Gesichtspunkt ausführlicher und auf der Grundlage neuen Archivmaterials behandelt werden. Dabei geht es durchaus um Arbeitergeschichte im herkömmlichen Sinne, die jedoch für SBZ und DDR erst noch zu schreiben ist, wie auch um die weitergesteckte Problematik gesellschaftsgeschichtlicher Bedingungen und Folgen der „Diktatur des Proletariats“. Ob es sich im Falle der DDR, wie Sigrid Meuschel meint, um eine gleichsam stillgestellte Gesellschaft handelte, in der „eine eigensinnige Rationalität und Handlungsdynamik ... aus sozialen Subsystemen kaum hervorgehen“ konnte,¹⁰³ wäre an dem Fallbeispiel – das allerdings wohl eine pars-pro-toto-Funktion zu erfüllen vermag – aus dem Niederlausitzer Braunkohlerevier auch empirisch zu überprüfen. Dabei ist der Vergleich zwischen NS- und SED-Diktatur nicht allein ein methodologisches Argument, er dürfte – was dieser Beitrag zu zeigen versuchte – für die weitere Erschließung der SBZ/DDR-Geschichte als gegenstandsimmanent zu betrachten und deshalb unverzichtbar sein.

¹⁰³ S. Meuschel, Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: GG 19, 1993, S. 6.